



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 23.10.2013, 18:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Standortalternativen Obdachlosenunterbringung 311/13 (Vorberatung) 358/13	Vorl.Nr. 358/13
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert EBM **Seigfried** darüber, dass in der Sitzung des Ältestenrates am 21.10.2013 vereinbart wurde, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

TOP 2	Elektronische Akte in der Bußgeldstelle	Vorl.Nr. 354/13
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr **Müller** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert das Gremium über das neu eingeführte elektronische Verfahren „owi21“ in Zusammenarbeit mit dem KDRS und die damit verbundenen Hintergründe und Neuerungen. Darüber hinaus gibt er einen Überblick zu zukünftigen Entwicklungen und Arbeitserleichterungen anhand aktueller Fallzahlen.

Frau **Baumer** (FB Sicherheit und Ordnung) erläutert die elektronische Bearbeitung und den Verfahrensablauf anhand eines Musterfalls in der Anwendung „owi21“. Ergänzend tätigt sie weitere Ausführungen zu aktuellen Fallzahlen, deren Verteilung und den personellen Ressourcen der Abteilung.

Auf Nachfrage der Stadträte **Herrmann**, **Kirnbauer** und **von Stackelberg** gibt sie weitere Auskünfte hinsichtlich der Datenspeicherung, Schnittstellen zur Polizei und den mobilen Erfassungsgeräten.

Abweichender Empfehlungsbeschluss:

1. Die Umgestaltung des Synagogenplatzes erfolgt gemäß der unter bürgerschaftlicher Beteiligung entwickelten Variante A der Vorl.Nr. 292/13 - Neugestaltung mit seitlichem Baumbestand.
2. Zur Finanzierung werden im städtischen Haushalt für das Jahr 2014 240.000 Euro bereitgestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt eine Ausführungsplanung zu erstellen und den Bau- und Vergabebeschluss vorzubereiten.
4. Angesichts des herausragenden bürgerschaftlichen Engagements und der unmittelbaren Bürgerbeteiligung bei der konzeptionellen Entwicklung der Neugestaltung des Synagogenplatzes besteht die berechtigte Chance, auch auf die finanzielle Beteiligung von Stiftungen, Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern zu setzen. Die Verwaltung wird daher beauftragt, der Dialogkreis Synagogenplatz gebeten, gemeinsam Drittmittel für die Neugestaltung einzuwerben.
5. Mit der Baumaßnahme wird begonnen, sobald von den einzuwerbenden Drittmitteln 50 % verbindlich zugesichert sind.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmungen erfolgen offen.

Der Beschluss der Ziffer 1 wird mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss der Ziffer 2 wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Der Beschluss der Ziffer 3 wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss der Ziffer 4 wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss der Ziffer 5 wird mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt in das Thema ein und gibt einen Überblick zu den Hintergründen des Dialogprozesses.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) und Frau **Dr. Mayer-Dukart** (FB Stadtplanung und Vermessung) erörtern mit Hilfe einer Präsentation den Prozess der bürgerschaftlichen Beteiligung, das Konzept der Neugestaltung des Synagogenplatzes sowie die finanziellen Aspekte der Umgestaltungsmaßnahmen.

EBM **Seigfried** fasst den Erarbeitungsprozess des Gestaltungsvorschlages zusammen. Er schlägt dem Gremium vor, Herrn Dr. Sting gem. § 33 Abs. 3 GemO BW als sachverständigen Einwohner beizuziehen und ihn eine Stellungnahme zur Platzgestaltung abgeben zu lassen.

Das Gremium zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Herr **Dr. Sting** erläutert die Vorgeschichte, die Herangehensweise und die wesentlichen Punkte der Neugestaltung des Gedenkplatzes. Dabei geht er auf die Kritikpunkte ehemaliger jüdischer Bürger aus Ludwigsburg, welche diese zum Zustand des Platzes geäußert haben, ein. Die aktuell vorgelegten Vorschläge würden diese Kritikpunkte vermeiden und die Ludwigsburger Anlage sei seiner Meinung nach einzigartig in Deutschland. Abschließend spricht er sich für die vorgeschlagene Lösung aus.

Im Namen der CDU-Fraktion erklärt sich Stadtrat **Herrmann** zu einer einfachen und würdigen Neugestaltung des Synagogenplatzes als wichtigen historischen Punkt in der Stadt bereit und bedankt sich für die breite Diskussion und die Mitarbeit der Beteiligten. Er zeigt sich überrascht von den vergleichsweise hohen Kosten und äußert sich zu den problematischen Untergrundverhältnissen. Weiterhin sei für seine Fraktion der Schutz der Kofferskulpturen vor Vandalismus und die Folgekosten für die Pflege des Platzes von Bedeutung. Man sei mehrheitlich bereit, den 240.000 Euro im städtischen Haushalt zuzustimmen, wobei die fehlenden 120.000 Euro aus Sponsorengeldern zufließen müssten. Mit dem Bau solle begonnen werden, sobald ein Teil dieser Gelder verbindlich zugesagt wurde. In der Ausführung finde die Variante A mit einer Display-Station die einhellige Zustimmung, verbunden mit der Hoffnung, für lange Zeit einen sinnvoll Gedenkplatz an historische Stelle zu erhalten, dessen Gestaltung dauerhafte Akzeptanz fände.

Stadträtin **Liepins** spricht sich für eine Beschlussfassung und die dringend erforderliche Sanierung des Platzes aus. Ihre Fraktion halte es für sinnvoll eine Entscheidung zu treffen, nach Sponsoren zu suchen und dann offen in die Umsetzung und die Haushaltsplanung für 2014 zu gehen. Sie hoffe auf Spenden und deren Akquise, halte es jedoch nicht für erforderlich, auf das Eintreffen einer bestimmten Summe zu warten. In ihrer Fraktion spreche man sich mehrheitlich für die Variante A, als angemessenes Mahnmal aus. Die Kosten dafür setzt sie ins Verhältnis zu denen der Außenanlagen der Kindertagesstätte Reichertshalde.

Stadtrat **Weiss** lobt die Arbeit des Dialogkreises und von Dr. Sting bei der Erarbeitung der Gestaltungsvorschläge. Er führt aus, dass sich seine Fraktion für die nachdenklichere Variante A mit einer Display-Station ausspreche. Die Kosten von 240.000 Euro akzeptiere man in der Hoffnung, dass das Sponsoring ernsthaft angegangen werde.

Stadtrat **Dr. Vierling** stimmt dem Entwurfsbeschluss im Namen seiner Fraktion ebenfalls zu und zeigt sich froh über den neuen Anlauf in der Erinnerungsarbeit. Im Gestaltungsvorschlag sehe er eine angemessene Berücksichtigung aller Anregungen, auch wenn bei den Kofferskulpturen und den Bäumen verschiedene Auffassungen vorherrschten. Beide könnten nach seiner Ansicht würdig und überzeugend ausfallen. Die Gesamtkosten nehme seine Fraktion zur Kenntnis.

Stadtrat **Heer** erachtet eine Erneuerung nach dem langen Planungsprozess als dringend notwendig und sieht mit der Lösung keine überfrachtete, sondern eine einfache Platzgestaltung als erreicht an. Das Ergebnis sei durchaus geeignet, die Erinnerungskultur und das Gedenken aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus bevorzuge seine Fraktion die Variante A und beurteile die Kosten aufgrund der Platzqualität als angemessen, gleichzeitig ermuntere sie den Arbeitskreis jedoch, entsprechende Sponsorengelder einzuwerben.

Für Stadträtin **Lange** ist der Platz ein Teil Ludwigsburgs und in die Stadt voll integriert. Die Kostensteigerungen zu hinterfragen bezeichne sie als legitim, wobei ungeachtet dessen Sanierungsarbeiten dringend erforderlich wären. Sie befürworte eine Erhaltung der bestehenden Platzgestaltung unter der Beseitigung der Mängel, um die Erinnerung wach zu halten.

EBM **Seigfried** verweist auf den Aspekt der Kosten und deren Entwicklung im Hinblick auf die Vorl.Nr. 465/12. In diesem Zusammenhang von einer Verteuerung zu sprechen sehe er kritisch, da seinerzeit schon davon ausgegangen werden musste, dass die veranschlagte Summe bei größeren Eingriffen in den Boden nicht ausreichen würde. Zudem wurden im Rahmen der Planungsvorbereitungen in 2013 erst konkrete Kosten ermittelt und zum Zeitpunkt der ersten Beratungen im Jahr 2012 zunächst in einer geringeren Planungstiefe gearbeitet wurde.

Stadtrat **Kromer** gibt eine Erläuterung zu seinem Abstimmungsverhalten ab. Für ihn sei der Platz eine Stelle des Erinnerns, die würdig gestaltet werden müsse. In diesem Zusammenhang fehle ihm eine einfachere Alternativplanung auf Basis der zunächst angeführten 120.000 Euro, insbesondere hinsichtlich der Bodeneingriffe und der kostenintensiven Kofferskulpturen, deren angedachter Sinn nicht entfremdet werden dürfe, indem man sie als Sitzgelegenheit benutzen könnte. Er bezweifle, dass die hohen Kosten der Neugestaltung das Gedenken und Erinnern der Menschen steigern könne und schildert seine Beobachtungen zur derzeitigen Nutzung des Platzes als „Trampelpfad“ zum Bahnhof.

Frau **Dr. Mayer-Dukart** antwortet auf verschiedene Nachfragen. So erklärt sie, wie die Kofferskulpturen gegen Vandalismus geschützt werden. Die Folgekosten beliefen sich in ähnlicher Höhe wie die eines normalen Stadtplatzes und beträfen sowohl die Reinigung als auch die Instandhaltung.

EBM **Seigfried** erinnert an die Diskussion zur Nutzung des Platzes und dessen Wahrnehmungsproblem. In der heutigen Sitzung gelte es, einen Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat hinsichtlich der Variante, Bereitstellung der Haushaltsmittel, Beauftragung einer Entwurfsplanung und der Einwerbung von Spenden auszusprechen und Festlegungen zu treffen, wann mit der Baumaßnahme begonnen werde. Im Anschluss erläutert EBM Seigfried die modifizierten Beschlussvorschläge eingehend und stellt diese in Form eines Empfehlungsbeschlusses an den Gemeinderat zur Abstimmung.

TOP 3.1

Umgestaltung Synagogenplatz
(Vorberatung)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2013

Vorl.Nr. 041/13

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion Vorl.Nr. 041/13 ist mit der Beratung der Vorl.Nr. 292/13 erledigt. Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 3.

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert die Bearbeitung des Masterplans Sport im Beziehungszusammenhang mit den strategischen Zielen und beispielhaft die weitere Untergliederung anhand der heutigen Punkte Laufwege und Sportinternat. Für die Zukunft sei die Darstellung und Einarbeitung der Beziehungen zum Haushalt und der Finanzplanung in eine Fachsoftware sowie weiterhin eine permanente Fortschreibung geplant.

EBM **Seigfried** weist auf den Informationswert der Masterpläne für die Bürgerinnen und Bürger hin und bezeichnet es als große Herausforderung an, diese aktuell zu halten. Zielvorstellung sei es, diese als Managementsystem zur Steuerung zu etablieren.

Stadtrat **Kromer** vermisst die von ihm eingebrachte Ergänzung des Leitsatzes zur Bedeutung des Sports für die Erziehung und Bildung.

EBM **Seigfried** antwortet, dass die Überprüfung der Leitsätze vorgesehen war, jedoch nicht durchgeführt wurde. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass diese nach nunmehr fast 10 Jahren einer grundsätzlichen Überprüfung bedürfen, ob die großen Ziele und Inhalte noch zeitgemäß seien.

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet über die Darstellung einzelner Strecken des sportlichen Wegenetzes, welche in enger Zusammenarbeit mit der Läufergruppe um Roy Fischer, dem RSC Komet Ludwigsburg und Kollegen der Betriebssportgruppe der Stadtverwaltung erstellt wurde. Im Gremium wird ein Heft mit dem Zwischenstand vom 22.10.2013 des sportlichen Wegenetzes verteilt. Für die Bürgerinnen und Bürger, welche informellen Sport betrieben, seien darin die Jogging- und Radfahrstrecken enthalten, welche in Kooperation mit den Kollegen des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung eruiert und dargestellt wurden.

Herr **Brück** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert die praktischen und technischen Nutzungsmöglichkeiten und die Zielgruppen der betreffenden Strecken. Dies solle zugleich auch als Anregung für die Nutzer verstanden werden, sich bei der Stadt zu melden und weitere Strecken beizusteuern.

EBM **Seigfried** sieht darin einen wichtigen Impuls für das sportliche Wegenetz und eine zukunfts- und ausbaufähige Lösung, welche sich auch an Übernachtungsgäste in Ludwigsburg richte. Als Beitrag zum Stadtmarketing sei weiterhin auch eine Konfiguration der Strecken in der Form vorgesehen, dass der Startpunkt an verschiedenen Hotels liege. Zukunftsaufgabe sei es zudem Inlinerstrecken aufzuführen, welche jedoch zwingend geeignetes Untergrundmaterial aufweisen müssten.

Stadtrat **Kromer** freut sich über die ausgewogene Lösung.

Stadtrat **von Stackelberg** lobt die Berücksichtigung des Sportparks Ost und sieht die Notwendigkeit, Parkmöglichkeiten für Auswärtige anzugeben. Überdies erkundigt er sich nach den Laufstrecken am Lemberg und im Salonwald.

Stadtrat **Dr. Vierling** lenkt die Aufmerksamkeit auf die Entsiegelung, wassergebundene Wege sowie weitere Schritte in dieser Richtung.

Herr **Heer** weist auf die Weiterentwicklung des Sportparks Ost in Zusammenhang mit dem Sportentwicklungsplan hin.

EBM **Seigfried** erinnert an den Entwicklungsauftrag für den Sportpark Ost mit einem Ideenwettbewerb, bei dem durch fünf Büros Vorschläge entwickelt wurden, die demnächst in einer öffentlichen Präsentation vorgestellt werden sollen.

Stadträtin **Voigt** fehlt die Verknüpfung zum Freiflächenentwicklungskonzept. Sie bittet darum, nicht jeden Feldweg zu asphaltieren oder mit grobem Schotter zu versehen, da dies die Nutzungsmöglichkeiten für Jogger oder Radfahrer einschränken würde.

Herr **Fröhlich** beantwortet abschließend die Rückfragen aus der Mitte des Gremiums.

TOP 6

Sportinternat Ludwigsburg - Förderung in den
Jahren 2014 bis 2016

Vorl.Nr. 212/13

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg fördert das Sportvollzeitinternat in der Königin-Olga-Kaserne mit jährlich 30.000 €
2. Darüber hinaus übernimmt die Stadt in den Jahren 2014 – 2016 einen Abmangelzuschuss in Höhe von maximal 25.000 €/Jahr sofern die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt in die Vorl.Nr. 212/13 ein. Er stellt fest, dass das Sportinternat mit Blick auf die sportlichen und schulischen Ergebnisse der Nutzer außerordentlich erfolgreich sei, jedoch die breite Aufstellung der Sportarten nicht realisiert werden konnte. Hierbei sei das Thema der Schulzeitstreckung von hoher Bedeutung, da er die Rückmeldung erhalten habe, dass aufgrund der hohen Trainingsintensität auch an Vormittagen trainiert werden müsse und dies für die Rekrutierung junger Sportlerinnen und Sportler entscheidend sei. Daher gelte es den Betrieb und die Schulzeit so zu organisieren, dass einzelne Trainingseinheiten am Vormittag ermöglicht werden könnten. Vor diesem Konflikt stehe das Gesamtkonstrukt des Sportvollzeitinternats momentan.

Im Namen der CDU-Fraktion führt Stadtrat **Kromer** aus, dass man sich zur Förderung des Spitzen- und Leistungssports und der starken Bedeutung des Sportvollzeitinternats bei der Förderung von Talenten bekenne und daher dem Beschlussantrag zustimmen werde. Mit dem vom Otto-Hahn-Gymnasium entwickelten Modell der Schulzeitstreckung in der Mittelstufe für Talente wäre seines Erachtens nach ein stärkerer Zulauf oder sogar eine Vollausslastung zu erreichen. Allerdings habe das zuständige Ministerium bis heute keine entsprechende Entscheidung getroffen.

Nach Stadtrat **von Stackelberg** sollte versucht werden, die Rahmenbedingungen für die Schülerinnen und Schüler optimal zu gestalten. Die leichte Unterfinanzierung sei auf eine mangelnde Auslastung zurückzuführen, weshalb die Schulzeitstreckung und weitere schulische Verknüpfungen unabdingbar wären. Er sehe das Gesamtpaket als nicht vollständig, aber auf einem guten Weg und die stärkere Beteiligung der Vereine und Verbände als unabdingbar an. Überdies sei bei der Qualität der Trainingsmöglichkeiten eine Nachjustierung erforderlich. Langfristig würde es seiner Fraktion schwer fallen, hohe Zuschüsse zu gewähren, momentan sei dies als Starthilfe jedoch notwendig, weshalb die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Stadtrat **Weiss** fasst die Förderung des Spitzensports als wichtige Säule des Masterplans Sport und das Vollzeitinternat im Rahmen des Sportförderkonzeptes als einen wichtigen Baustein auf. Dazu sei eine Vollausslastung wichtig und anzustreben, woran gearbeitet werden müsse. Anschließend signalisiert er die Zustimmung seiner Fraktion.

Stadträtin **Klett-Heuchert** stellt sich nach vier Jahren die Frage, ob der Bedarf in diesem Zusammenhang falsch eingeschätzt wurde, da eine Vollausslastung nie erreicht werden konnte, die Deckungslücke deshalb erheblich sei und auch das Ziel, verschiedene Sportarten anzusprechen, nicht erreicht wurde. Sie befürworte das Angebot, fordere jedoch gleichzeitig kreative Lösungen bei der Anwerbung von Sponsoren bei Sportverbänden. Für prüfenswert halte sie darüber hinaus die anderweitige Belegung unbesetzter Plätze, beispielsweise mit Sportstudenten der Pädagogischen Hochschule. Abschließend stellt sie einen Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages hinsichtlich einer zeitlichen Begrenzung der Abmangelfinanzierung auf das Jahr 2014.

Stadtrat **Heer** bewertet den Ansatz des Vollzeitinternates als guten Einstieg in die Spitzensportförderung, macht sich allerdings keine Hoffnung auf die Schulzeitstreckung, denn viele Sportarten trainierten wegen des hohen Bedarfs Vor- und Nachmittags. Insofern wünsche er sich vermehrte Anstrengungen für ein positives Ergebnis und auch von Seiten der Vereine und Verbände eine gesteigerte Unterstützung. Im Namen der FDP-Fraktion signalisiert er die Zustimmung zur Vorlage.

Stadträtin **Lange** schließt sich der Auffassung an, dass mehr Sponsoren geworben werden müssten. So solle beispielsweise die Kreissparkasse ihr Engagement wieder ausweiten.

EBM **Seigfried** fasst die Beratungsergebnisse zusammen und geht auf die verschiedenen Nachfragen ein. Insbesondere hinsichtlich des Sponsorings weist er darauf hin, dass teilweise durch Vereine oder Verbände die nicht unerheblichen Elternbeiträge als finanzielle Unterstützung übernommen würden. Er betont den Stellenwert einer abgesicherten Finanzierung und der schulischen Voraussetzungen, ohne die das ganze Projekt infrage gestellt würde. Andererseits müssten die Internatsschüler und deren Eltern über eine gewisse Planungssicherheit verfügen, ihre Schullaufbahn auch dort beenden zu können.

Stadträtin **Klett-Heuchert** pflichtet den Argumenten bei und erklärt daraufhin ihren Antrag zur Änderung des Beschlussvorschlages zurück zu ziehen.

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) unterrichtet das Gremium vor dem Hintergrund eines kürzlich erschienenen Artikels in der Ludwigsburger Kreiszeitung über den Beginn der Bauarbeiten am Kunstrasenplatz des Hockey Clubs Ludwigsburg. Vor dem Hintergrund der Verständigung mit dem Verein, die Baumaßnahme ins Jahr 2013 vorzuziehen, wofür dieser die Übernahme eines Teils der Baukosten zugesichert hätte, wurde der Neubau vom Verein koordiniert. Aktuell seien alle Einzelmaßnahmen bis auf den Kunstrasen mit Asphaltdecke, Flutlicht und Zäune abschließend verhandelt. Die Kosten hierfür beliefen sich nach heutigem Stand auf 862.000 Euro, was für beide Seiten Kostensteigerungen im Vergleich zur bisherigen Planung zur Folge hätte. Ungeachtet dessen habe die Stadt Ludwigsburg 345.000 Euro durch die Beteiligung des Vereins eingespart. Die Fertigstellung sei im Herbst geplant, der Kunstrasenbelag werde aus technischen Gründen erst im Frühjahr 2014 aufgebracht.

Im Anschluss geht Herr **Fröhlich** auf die Nachfragen der Stadträtinnen **Kopf** und **Liepins** ein.

EBM **Seigfried** kündigt eine Vorlage zu diesem Thema an.

Beschluss:

1. Der Bericht über die Programme Ludwigsburger Musikimpulse und Singen-Bewegen Sprechen des Schuljahres 2012/13 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Ab dem Haushaltsjahr 2014 werden für die Durchführung des Programms jährlich die kalkulierten erforderlichen Finanzmittel, mindestens jedoch 25.000 € bereitgestellt.
3. Es wird angestrebt, die restlichen erforderlichen Mittel durch Zuwendungen von Stiftungen und durch weitere Drittmittel zu akquirieren.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin **Liepins**
Stadtrat **Dr. Vierling**

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) berichtet über das Projekt „Musische Bildung an Kindertagesstätten und Grundschulen“, insbesondere über die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen, mittelfristige Ziele sowie Kennzahlen und Erfolgsfaktoren des Angebotes.

Herr **Karsch** (Jugendmusikschule Ludwigsburg) ergänzt die Ausführungen zu den Rahmenbedingungen des Projekts und der Zusammenarbeit mit der Stadt Ludwigsburg.

Frau **Tönges** (Jugendmusikschule Ludwigsburg) unterrichtet die Ausschussmitglieder über die praktische Organisation des Angebotes an den Schulen und Einrichtungen und Problemstellungen der Detailplanung. Zusammenfassend führt sie aus, dass die Akzeptanz und die Bekanntheit enorm zugenommen hätten.

EBM **Seigfried** lobt die ausgezeichnete Arbeit der Jugendmusikschule und des Fachbereiches Kunst und Kultur und bedankt sich für die breite Unterstützung. Nachfolgend eröffnet er die Aussprache.

Stadträtin **Kopf** bezeichnet das Projekt als Erfolgsmodell nach einem holprigen Start und würdigt, dass damit der Zugang zu musischer Bildung für alle Bevölkerungsschichten gelungen sei. Anschließend signalisiert sie die Zustimmung ihrer Fraktion.

Stadtrat **von Stackelberg** zeigt sich beeindruckt von der weiten Vernetzung der „Ludwigsburger Musikimpulse“ in den Schulen, Vereinen und mit den Akteuren der Jugendmusikschule, des Vereinslebens und der Verwaltung, die alle an einem Strang ziehen würden. Darüber hinaus hoffe er auf eine erfolgreiche Umsetzung der vorgelegten Pläne und sichere für die Beschlussvorlage Nr. 334/13 und auch weiterhin die Unterstützung seiner Fraktion zu.

Stadtrat **Kirnbauer** bedankt sich ebenfalls für das Engagement aller Beteiligten. Er vermisse allerdings die Einbindung des Kinder- und Familienzentrums Hoheneck in der Wilhelm-Nagel-Straße. Seine Fraktion könne dem Beschlussvortrag ebenfalls zustimmen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** schließt sich den Vorrednern an und würdigt den Kontakt zur Musik in diesem wichtigen Lebensalter.

Stadträtin **Lange** erkundigt sich, ob die Erhöhung der Elternbeiträge von 7,50 Euro auf 9,00 Euro im Monat notwendig und in welcher Höhe die maximale Finanzierung vorgesehen sei.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Kirnbauer antwortet Frau **Tönges**, dass das Kinder- und Familienzentrum aufgrund Entscheidung des Trägers am vergleichbaren Landesprogramm „Singen-Bewegen-Sprechen“ teilnimmt.

Die Erhöhung der Elternbeiträge ist laut Frau **Richert** auf die notwendige Erhöhung der durchschnittlichen Honorarzuschüsse als Gegenvorschlag zu deren Finanzierung zurückzuführen. Über diesen Weg versprach man sich die Gewinnung einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Lehrkräfte. Man habe sich für die Anpassung entschieden, weil überwiegend festgestellt wurde, dass dies nicht das entscheidende Argument für die Eltern zur Teilnahme ihrer Kinder sei. Hierdurch werde auch die Dauerhaftigkeit sichergestellt, ohne dass es mittelfristig zu einer Unterfinanzierung des Angebotes komme. Weiterhin geht sie auf die Maximalfinanzierung, welche in der Anlage 3 zur Vorl.Nr. 334/13 ersichtlich sei, ein und erläutert den kalkulierten Gesamtzuschussbedarf bei einer Flächendeckung. Es werde vorgeschlagen, zumindest die Hälfte der kalkulierten Höhe durch öffentliche Mittel sicherzustellen und zu versuchen, die verbleibenden Mittel über Stiftungen zu akquirieren. Da diese ihre Unterstützung nur für eine begrenzte Dauer zusagen könnten, werde die finanzielle Absicherung des Programms über den städtischen Haushalt notwendig.